

# „Es muss dringend was passieren“

Undichte Fenster, Schimmel, Platzmangel – Elterninitiative fordert, dass sich am Gebäude der Grundschule Krähenwinkel endlich etwas tut

**KRÄHENWINKEL (JAR).** Wenig Raumkapazität, schlechte Bausubstanz und zudem noch Schimmelbefall in drei Klassenräumen: Die Situation an der Grundschule in Krähenwinkel sorgt bei Eltern für Unzufriedenheit. Deshalb haben Vertreterinnen und Vertreter des Schulleiterrates eine Initiative ins Leben gerufen: Die Vorsitzende Nina Landers sowie die beiden Mitglieder Marcel Ricklefs und Sebastian Kurbach monieren den massiven Sanierungsstau an dem 1966 errichteten Schulgebäude. Die Initiative will sich zunächst in Gesprächen mit der Schulleitung, den Parteien des Ortsrates Krähenwinkel und der Stadt Langenhagen austauschen – und neuen Schwung in die Sache bringen.

„Es muss dringend was passieren“, sagt Sebastian Kurbach von der Elterninitiative. Ob ein Neubau oder eine Sanierung das Richtige sei, darüber sei sich die Initiative noch im Unklaren. Laut Kurbach müsse sich erst durch die Gespräche herausstellen, worauf der Fokus liegen werde. Fest steht aber: Zu den akuten Themen gehören undichte Fenster und ein undichtes Dach sowie der jüngst entdeckte Schimmelbefall und die damit eingehende Gesundheitsgefährdung sowie die Raumknappheit. „Diese müssen wir angehen, weil das Schul-



Elterninitiative gegen Sanierungsstau an der Grundschule Krähenwinkel: Sebastian Kurbach (von links), Nina Landers und Marcel Ricklefs stehen vor den wegen Schimmelbefall gesperrten Klassenräumen.

Foto: Katerina Jarolim-vormeier

leben und der Ganztagsbetrieb darunter erheblich leiden“, sagt Nina Landers. Das solle aber geschehen, „ohne den Gesprächspartnern die Pistole auf die Brust zu setzen“, macht Marcel Ricklefs deutlich.

Das „Herumgeflicke“ bekämpft nach Auffassung der Initiative nicht die Ursache. „Die Symptome, also die Mängel, bleiben“, sagt Landers. Wie vielen in Langenhagen ist Mitstreiter Kurbach ein Dorn im Auge, dass das Rathaus derzeit einen Neubau bekommt, während für andere Projekte das Geld fehlt. „Das Rathaus bekommt nach bereits 40 Jahren einen neuen Anbau, und

die 58 Jahre alte Grundschule Krähenwinkel geht vollkommen leer aus“, kritisiert Kurbach.

Unzufriedenheit herrscht bei der Elterninitiative auch über die Containerlösung. Schräg gegenüber der Grundschule sind die provisorischen sechs Klassenräume samt der Schulleitung untergebracht. Immer wieder müssen die Mädchen und Jungen zwischen den Gebäuden pendeln und die Wiesenstraße überqueren. „Ertönt der Gong im alten Gebäude, hören es die Kinder sowie Lehrerinnen und Lehrer in den Containern nicht“, berichtet Kurbach. Eigentlich ist die Schule für eine 1,5-Zügigkeit ausgerich-

tet. Derzeit unterrichten die Lehrkräfte pro Jahrgang drei Klassen mit insgesamt rund 240 Schülerinnen und Schülern.

Schon seit Längerem weist das 58 Jahre alte Schulgebäude an der Wiesenstraße Mängel auf, und die Schule leidet unter Raumangel. Die Stadt Langenhagen präferiert einen Neubau und hatte dafür bereits 45,6 Millionen Euro angesetzt. Der Rat stimmte jedoch im September 2023 aufgrund der angespannten Finanzlage gegen das Vorhaben und forderte die Verwaltung stattdessen dazu auf, erst einmal die Kosten für die Instandsetzung zu ermitteln. Jüngst scheiterte die CDU im Ortsrat Krähenwinkel erneut mit einem Antrag, den Neubau voranzubringen.

Ortsbürgermeister Steffen Hunger (CDU) befürwortet, dass die Elterninitiative, die sich in der jüngsten Sitzung des Ortsrates vorgestellt hat, aktiv wird. „Der Druck der Eltern beschleunigt das Vorhaben“, sagt der Ortsbürgermeister. Seiner Ansicht nach sei ein Neubau wirtschaftlicher. Der Grund: „Wer weiß, welche Mängel bei einer Sanierung noch gefunden werden und sie somit teurer machen.“ Sollte die Grundschule saniert werden, müsse ein Anbau auf jeden Fall errichtet werden, um alle Schülerinnen und Schüler unterzubringen.

## 21 neue Einsatzkräfte



Alle bestanden: die 21 Prüflinge aus den THW-Ortsverbänden in der Region Hannover.

Foto: Pierre Graser

**LANGENHAGEN.** 21 Helferinnen und Helfer aus den THW-Ortsverbänden Burgdorf, Bückeburg, Hameln, Hannover/Langenhagen, Lehrte, Ronnenberg und Springe haben im Ortsverband Hannover/Langenhagen erfolgreich ihre Grundausbildungsprüfung bestanden.

In der theoretischen Prüfung mussten Fragen zum Grundwissen, die von technischen Bereichen über verschiedene Rechtsgebiete bis hin zur Ersten Hilfe reichten, richtig beantwortet werden.

In der praktischen Prüfung waren der Umgang mit den Hebekissen, die sichere und richtige Handhabung eines Gesteinsbohrhammers, das richtige Einbinden eines Verletzten in die Krankentrage und viele weitere technische Geräte zu bedienen. Der richtige Aufbau von Beleuchtung und der Einsatz von Pumpen, das Befüllen und der richtige Verbau von Sandsäcken rundeten das Prüfungsspektrum an den acht Stationen ab.

Die abgeschlossene Grundausbildung ist Basis für die Arbeit im THW und Voraussetzung für den aktiven Dienst und die Ein-

satzbefähigung im THW. Sie wird im Rahmen der Grundausbildung im THW Ortsverband absolviert. Alle Helferinnen und Helfer werden bundesweit einheitlich ausgebildet. Der richtige Umgang mit Werkzeugen und Geräten aus der Standardausrüstung des THW gehört genauso dazu wie Wissen über das THW, den Bevölkerungsschutz und das Verhalten im Einsatz.

Die erste Ausbildungsstufe wird mit einer Prüfung abgeschlossen. Danach werden die Helferinnen und Helfer in den Einheiten des THW im technischen Zug oder in den verschiedenen Fachgruppen eingesetzt. Die Helferinnen und Helfer vertiefen hier ihr Wissen, das ihnen in der Grundausbildung vermittelt wurde. Darüber hinaus erhalten sie eine gruppenspezifische Ausbildung, um den Umgang und die Anwendung der unterschiedlichsten Spezialgeräte des THW zu erlernen. Neben der Ausbildung im Ortsverband geschieht dies in Bereichsausbildungen, die auf Ebene der Geschäftsführerbereiche stattfinden oder in Fachlehrgängen an den beiden THW-Bundesschulen.

### AnzeigenSpezial

Fotos: Pixabay.com



# GELD UND RECHT

## TIPPS, TRICKS UND RAT VON EXPERTEN



## Nebeneinkünfte?

Wann die Steuererklärung Pflicht ist

Öfter mal etwas bei Ebay verkauft, hin und wieder Freunden geholfen und eine Aufwandsentschädigung erhalten? Dann gehören diese Einnahmen oft in die Steuererklärung. Versäumnisse werden hart geahndet. Machen Sie mit Ebay-Verkäufen mehr als 600 Euro Gewinn pro Jahr? Oder haben Sie Nebeneinkünfte – etwa aus Vermietung oder Verpachtung –, die die Grenze von 410 Euro pro Jahr übersteigen?

Dann sind Sie grundsätzlich dazu verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben und entsprechende Eintragungen vor-

zunehmen. Dabei sollten Sie unbedingt die Abgabefristen beachten, weil sonst gegebenenfalls Verspätungs- und Säumniszuschläge samt Zinsen fällig werden können.

Wer vergisst, in der Steuererklärung relevante Einnahmen anzugeben, riskiert empfindliche Strafen. Darauf weist der Bund der Steuerzahler hin. Bei falschen oder unvollständigen Angaben, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern einen Steuervorteil verschaffen, droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldbuße. Schon der bloße Versuch dessen ist strafbar.

### ES DROHEN HOHE BUSSGELDER

Verschärft wird die Strafe, wenn Steuern in einem besonders großen Ausmaß nicht gezahlt wurden. Dann kann der Strafraum von einem halben Jahr bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug betragen, so der Steuerzahler-Bund. Leichtfertige Verstöße stellen immerhin noch eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro belegt werden können.

„Wer rechtzeitig unrichtige Angaben berichtet, bevor ein Buß-

geld- und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurde, kann der Strafe entgehen“, sagt Daniela Karbe-Geßler vom Bund der Steuerzahler.

Das geht, insbesondere bei schwerwiegenden Fällen, nur im Rahmen der Selbstanzeige und unter strengen Voraussetzungen. Entscheidend ist zum Beispiel, dass die Angaben in der Selbstanzeige vollständig sind und alle nicht verjährten Steuerstraftaten einer Steuerart umfassen. Zudem müssen offene Steuern zuzüglich eines möglichen Zuschlags rechtzeitig nachgezahlt werden. (DPA)

## Erbe ausschlagen – wann das sinnvoll sein kann

Die Ausschlagungsfrist beträgt in der Regel sechs Wochen

Überschuldete Nachlässe zwingen Erben oft zu schwierigen Entscheidungen. Macht die Ausschlagung Sinn? Oder bietet sich doch eher eine Nachlassinsolvenz an? Lange Zeit bleibt nicht für Überlegungen. Haben Sie die Befürchtung, dass ein Erbe, das Ihnen zu kommen soll, überschuldet ist? Dann haben Sie die Möglichkeit, es auszuschlagen. Die Entscheidung

darüber müssen Sie aber zügig fällen. Schlagen Sie das Erbe nicht innerhalb von sechs Wochen nach Kenntnis des Erbfalls aus, gilt es als angenommen. Wer eine Immobilie erbt, schlägt die Erbschaft in der Regel aber nicht aus. Immerhin hat das Grundstück einen gewissen Wert, beim Haus kommt es auf den Zustand an. „Ist der Erblasser aber völlig überschuldet und die Immo-

lie in einem desolaten Zustand ist, kann es sinnvoll sein, das Erbe auszuschlagen“, sagt Jan Bittler, Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Erbrecht und Vermögensnachfolge. Die Alternative zur Ausschlagung: eine Nachlassinsolvenz. «Bei der Nachlassinsolvenz beschränkt sich die Haftung des Erben auf den Nachlass, sein Privatvermögen ist geschützt», sagt Bitt-

ler. Reicht das Vermögen des Erblassers also nicht aus, um dessen Schulden zu tilgen, müssen Erben für die Schulden nicht mit ihrem Privatvermögen haften. Bleibt doch etwas übrig, bekommen Erben zumindest diese Differenz. Für den Schritt bleiben Erben immerhin zwei Jahre Zeit. Beantragt wird die Nachlassinsolvenz beim zuständigen Amtsgericht. (DPA)

## Steuern? Wir machen das.

**VLH.**

Rolf Blum  
Beratungsstellenleiter  
Walsroder Str. 162  
30853 Langenhagen  
Rolf.Blum@vlh.de  
☎ 0511/8 66 77 01



**FAIRSTER STEUERHILFE-VEREIN**  
Lohnsteuerhilfevereine  
in allen Bundesländern  
und Berlin  
gründet 1963

Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V.  
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

[www.vlh.de](http://www.vlh.de)

Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

Rinne Steuerberatungsgesellschaft mbH

**Willi Rinne**  
Steuerberater  
**Stefan Kahnt**  
Steuerberater

Im Wöhren 4  
30900 Wedemark  
OT Bissendorf  
Telefon 05130/95 90 0  
Telefax 05130/95 90 90

Wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und wünschen allen Mandanten und Geschäftspartnern fröhliche Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr!

**Janina Hitzemann**  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Arbeitsrecht

**S** Ihre Kanzlei für Arbeitsrecht

- Arbeitsrecht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber
- Vertragsrecht
- Verkehrsrecht
- Grundstücksrecht



**05139/970 92 30 oder 05130/976 69 19**  
**www.kanzlei-hitzemann-burgwedel.de**

22630401\_002624